

## Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024

### Fragen zum Entzug des Regelbedarfes im Bürgergeld bei willentlicher und grundloser Arbeitsverweigerung

**Vorbemerkung:** Das BMAS kann zum aktuellen Zeitpunkt keine Einzelfallkonstellationen, die die praktische Umsetzung der Regelungen betreffen, bewerten. Die Fachlichen Hinweise der Bundesagentur für Arbeit für die konkrete Umsetzung werden nach Verabschiedung des Gesetzes in Abstimmung mit dem BMAS erstellt und mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

#### Datenlage

- 1) Welchen empirisch gesicherten Umfang hat die Zahl derer, die sich jedweder Mitwirkung willentlich komplett verschließen?
- 2) Wie berechnet sich das anvisierte Einsparvolumen? Welchen Annahmen liegen den Berechnungen zugrunde?

**Antwort zu 1 und 2:** 2018 lag der Anteil der sanktionierten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch bei etwa 3 Prozent. Im August 2023 lag der Anteil der sanktionierten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Bürgergeldbezug bei 0,6 Prozent. Eine Kategorie der sog. Arbeitsverweigerer gab es bisher nicht, sodass hierzu auch keine konkrete Personenzahl benannt werden kann. Die Einsparungen über 170 Millionen Euro jährlich (davon 150 Millionen beim Bund und 20 Millionen bei den Kommunen) sind deshalb eine Schätzung auf Grundlage der bisher bekannten Sanktionen sowie einer großen präventiven Wirkung der Neuregelung. Sie bewirkt, dass Personen und alle Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft idealerweise gar nicht erst bedürftig werden bzw. bleiben, weil sie künftig zumutbare Arbeitsangebote nicht ablehnen oder ihre Arbeit bereits zuvor nicht aufgeben.

- 3) Mit welchem Verwaltungsaufwand ist seitens der Jobcenter bei der Durchsetzung der 100%-Leistungsminderung und der anschließend ggf. notwendigen Erbringung von Sachleistungen/Gutscheinen zu rechnen?

**Antwort:** Durch die Regelung entsteht kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Die Jobcenter administrieren auch bislang schon die Pflichtverletzungen von Arbeitsverweigerern. Nunmehr wird lediglich eine neue Rechtsfolge gesetzt. Die Erbringung von Sachleistungen/Gutscheinen ist nicht notwendig, da die Betroffenen ihre Existenz jederzeit durch die Annahme des konkreten Jobangebotes sichern können.

#### Grundlegend

- 4) Welche Zielgruppen genau sollen durch härtere Leistungsminderungen zur schnelleren Integration in den Arbeitsmarkt bewegt werden? Handelt es sich hierbei um Personengruppen, die bereits Qualifizierungsmaßnahmen durchlaufen haben? Mit welchen Instrumenten werden Totalverweigerer von Menschen unterschieden, die arbeitswillig aber arbeitsunfähig sind.

**Antwort:** Die Regelung erfasst erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen, die sich willentlich und grundlos weigern, eine konkrete und zumutbare Arbeit anzunehmen oder aufzunehmen. Der Tatbestand erfasst also nur Fälle, in denen es allein von der Entschei-

derung der leistungsberechtigten Person abhängt, ob durch die Aufnahme des konkreten zumutbaren Arbeitsplatzangebots die Hilfebedürftigkeit reduziert wird. Insofern handelt es sich um Personen, bei denen auch laut einem ggf. vorhandenen Kooperationsplan die unmittelbare Vermittlung in Arbeit im Fokus steht und keine vorrangige Qualifizierung notwendig und vorgesehen ist.

- 5) Wird die geplante Neuregelung nicht verfassungswidrig, wenn auf eine wesentliche Bedingung aus Randnummer 209 des BVerfG-Urteils verzichtet wird, nämlich die Existenzsicherung durch die Arbeit? Das BMAS verweist in der Begründung auf eine Ungleichbehandlung je nach Größe der Bedarfsgemeinschaft. Müsste man aber nicht eher eine Orientierung am individuellen Bedarf vornehmen, um dem Urteil gerecht zu werden?

**Antwort:** Im Einklang mit den verfassungsrechtlich zulässigen Zielen des SGB II, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen, die Dauer zu verkürzen oder den Umfang zu verringern (§ 1 Absatz 2 Satz 4 Nummer 1), ist es keine Voraussetzung für den Wegfall des Regelbedarfes, dass die angebotene Arbeit zu einer unmittelbaren vollständigen Überwindung der Hilfebedürftigkeit führt. Andernfalls wäre - wie bereits zutreffend in der Frage dargestellt - der Leistungsentzug von der Größe der Bedarfsgemeinschaft oder der Höhe der Unterkunftsbedarfe und den jeweils zu diesem Zeitpunkt bestehenden Einkommensverhältnissen abhängig. Da diese Faktoren aufgrund der horizontalen Einkommensanrechnung auch den individuellen Bedarf bestimmen, scheidet eine entsprechende Anknüpfung aus. Es ist der BVerfG-Entscheidung zudem nicht zu entnehmen, dass eine Totalverweigerung davon abhängig gemacht werden kann, ob Erwerbseinkommen vertikal oder horizontal verteilt wird. Eine Ungleichbehandlung sollte vermieden werden. Da auch der individuelle Bedarf von der Konstellation in der Bedarfsgemeinschaft abhängig ist, scheidet dieser Anknüpfungspunkt ebenfalls aus. Auch im Falle eines die Hilfebedürftigkeit nicht überwindenden Arbeitsangebotes ist die Existenzsicherung über erwerbsaufstockendes Bürgergeld sichergestellt, über die mit einer Erwerbstätigkeit einhergehenden Freibeträge sogar noch erhöht.

- 6) Das Verfassungsgericht stellt in seinem Urteil von 2019 insbesondere auf die Verhältnismäßigkeit von Leistungsminderung ab und beurteilt diese grundsätzlich nur bis 30% für gegeben. Für Leistungsminderungen von mehr als 60 Prozent kritisiert das Verfassungsgericht einen unzureichenden empirischen Nachweis über die Wirksamkeit. Auf welche Studien zur Wirksamkeit bezieht sich das BMAS für den Referentenentwurf zu einer Leistungsminderung in Höhe von 100%?

**Antwort:** Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern. Es bedarf einer Regelung, die vor allem auch präventiv wirkt, um die Sicherung der menschenwürdigen Existenz insbesondere durch Erzielung von Einkommen in der Verantwortung der Menschen zu belassen. Das IAB hat in seiner Stellungnahme 8/2023 (<https://doku.iab.de/stellungnahme/2023/sn0823.pdf>) darauf verwiesen, dass von Leistungsminderungen eine „Drohwirkung“ ausgeht (sogenannter Ex-ante-Effekt), welcher einen größeren Personenkreis beeinflusst als diejenigen, deren Leistungen tatsächlich gemindert werden und damit Auswirkungen auf Mitwirkungsbereitschaft haben. Die Untersuchung der Wirkung der Regelung ist gesetzlich normiert (§ 55 Absatz 1 SGB II) und ständige Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit.

## **Folgewirkungen**

**Hinweis BMAS:** Da wo passend, werden die Fragen im Zusammenhang beantwortet.

7) Das Bundesverfassungsgericht bezieht in seinem Urteil von 2019 auch die Möglichkeit von Sachleistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes mit ein. Das SGB II sieht im Gegensatz zu früheren Fassungen derzeit keine Sachleistungen mehr vor, da die Leistungsminderung auf 30 Prozent begrenzt ist. Auch die geplante Änderung mit einer Leistungskürzung in Höhe von 100% sieht keine Regelung zu Sachleistungen vor. Insgesamt ergeben sich aus der Höhe dieser Leistungsminderung die folgenden Fragen:

- Ist die Ausgabe von Sachleistungen bei einer Leistungsminderung von 100% vorgesehen und auf welcher gesetzlichen Grundlage könnte dies ggf. erfolgen?
- Wie stellt sich eine 100%-Leistungsminderung mit Blick auf das Gebot der Sicherstellung der Menschenwürde dar?

**Antwort:** Die Erbringung von Sachleistungen/Gutscheinen ist nicht notwendig, da die Kosten der Unterkunft, Heizung und evtl. erforderliche Mehrbedarfe nicht gemindert werden und die Betroffenen ihre Existenz jederzeit durch die Annahme des konkreten Jobangebotes sichern können.

- Wie wird verhindert, dass bei einer Leistungsminderung von 100% andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, insbesondere Kinder, in Mitleidenschaft gezogen werden?

**Antwort:** Die Leistungsgewährung an Kinder in Bedarfsgemeinschaften ist von dem Regelungsvorschlag nicht berührt. Nur der Regelbedarf des Elternteils, das sich weigert, ein Jobangebot anzunehmen, kann in voller Höhe entfallen. Die Leistungen der übrigen Familienmitglieder, Mehrbedarfe sowie die Kosten der Unterkunft und Heizung sind von einer Minderung nicht betroffen.

Die betroffene Person ist vor dem Wegfall der Leistungen anzuhören. Soweit sich im Rahmen der Anhörung herausstellt, dass der Wegfall der Leistungen zu einer außergewöhnlichen Härte führt, dürfen die Leistungen nicht mehr gemindert werden. Eine außergewöhnliche Härte liegt besonders dann vor, wenn eine Minderung in der Gesamtbetrachtung untragbar erscheint. Insbesondere ist hierbei die Schwere der Belastung für die betroffenen Personen zu berücksichtigen. In die Prüfung der außergewöhnlichen Härte ist nicht nur die von Leistungsentzug unmittelbar betroffene Person, sondern jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft -und damit insbesondere auch die Kinder- einzubeziehen.

Unbeschadet dessen ist das Existenzminimum des Kindes über dessen Regelbedarf abgedeckt und ein wegfallender Regelbedarf des betroffenen Elternteils braucht somit nicht ersetzt oder ausgeglichen zu werden.

- Wie soll verhindert werden, dass die Stromrechnung nicht beglichen und daher Stromsperrern drohen?
- Wie kann das Auslösen einer Verschuldungsspirale, die vom Bundesverfassungsgericht kritisch betrachtet wird, bei einer Leistungsminderung von über 60% vermieden werden?

**Antwort:** Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16) entschieden, dass der Staat grundsätzlich Leistungsminderungen zur Durchsetzung von Mitwirkungspflichten einsetzen darf. Beim Leistungsentzug nach § 31a Absatz 7 SGB II können die Betroffenen ihre Bedarfe jederzeit durch Verdiensteinnahmen über die Annahme des konkreten Jobangebotes decken und so

eine Verschuldung vermeiden. Stromsperren können im Einzelfall durch Darlehen analog § 22 Absatz 8 SGB II abgewendet werden (LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 13.3.2012 - L 2 AS 477/11 B ER).

- Konterkariert die geplante Neuregelung die Ziele, Menschen zu qualifizieren und/oder sie in Arbeit zu vermitteln?
- Wie wird sichergestellt, dass die künftig zu erstellenden Kooperationspläne so ausgestaltet werden, dass der Qualifizierungsvorrang als eines der Kernziele des Bürgergeldgesetzes gem. § 3 Abs. 1, S. 2 Nr. 4, S. 3 und S. 4 SGB II bei der fachlichen Arbeit weiterhin im Vordergrund steht und nicht durch härtere Leistungsminderungen in den Hintergrund tritt. Reichen die vorhandenen Zielsteuerungsinstrumente aus, um dies sicherzustellen.

**Antwort:** Die aktive vermittelnde Betreuung der Betroffenen und Qualifizierungsberatung wird durch die Regelung nicht beeinflusst. Hiervon sind lediglich Personen betroffen, die sich willentlich und grundlos weigern, eine konkrete und zumutbare Arbeit anzunehmen oder aufzunehmen. Insofern handelt es sich um Personen, bei denen laut einem ggf. vorhandenen Kooperationsplan die unmittelbare Vermittlung in Arbeit im Fokus steht und keine vorrangige Qualifizierung notwendig und vorgesehen ist. Einen Qualifizierungsvorrang gibt es im SGB II nicht. Mit dem Bürgergeld-Gesetz wurde der Vermittlungsvorrang abgeschafft und der Leitgedanke „Qualifizierung vor Arbeit für Geringqualifizierte“ etabliert, um Drehtüreffekte zu vermeiden. Dieser Kern des Bürgergeld-Gesetzes, auf Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit durch Qualifizierung und gute Beratung nachhaltige Integrationen zu schaffen, bleibt uneingeschränkt erhalten. Eine Projektgruppe aus BMAS, BA, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden überprüft aktuell das Zielsteuerungssystem auf etwaige Weiterentwicklungsbedarfe. Dies erfolgt unabhängig von der vorliegenden gesetzlichen Regelung.

- Ergibt sich aus einer 100%-Sanktionierung möglicherweise ein Anspruch auf Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67-69 SGB XII)?

**Antwort:** Ein bestehender Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II schließt Leistungen nach §§ 67 ff SGB XII zwar nicht grundsätzlich aus. Ein Umgehen des Leistungsentzuges ist damit aber nicht möglich. Nur wenn die engen Voraussetzungen der Hilfen nach §§ 67 ff SGB XII erfüllt sind (d.h. Vorliegen besonderer Lebensverhältnisse verbunden mit sozialen Schwierigkeiten und deshalb Ablehnung des Jobangebots), besteht ein Leistungsanspruch, der aber nur Maßnahmen umfasst, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. In der Regel werden dies v.a. ergänzende Beratungsleistungen sein.

## Umsetzungsfragen

- 8) In welchen konkreten Beispiels-Fällen kann die neue 100%-Leistungsminderung ausgesprochen werden? Ist das Vorliegen eines konkreten Arbeitsvertrages die ausschlaggebende Voraussetzung oder ist die Einladung zu einem Vorstellungsgespräch oder die Übersendung eines Jobangebots ausreichend?

**Antwort:** Ein vollständiger Entzug des Regelbedarfes setzt voraus, dass ein konkretes Jobangebot vorliegt, das der Leistungsberechtigte jederzeit annehmen könnte, es aber willentlich ablehnt. Der Entzug des kompletten Regelbedarfs greift nur dann, wenn das Bürgergeld wegen einer Pflichtverletzung nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 SGB II (Ablehnung der Aufnahme oder Fortführung eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses), § 31 Absatz 2 Nummer 3 SGB II oder § 31 Absatz 2 Nummer 4 SGB II (Sperrzeittatbestände nach dem SGB III, z. B. Kündigung) innerhalb des letzten Jahres gemindert war. Das Nichtreagieren auf eine Einladung zum Vorstellungsgespräch oder die Übersendung eines offenen

Jobangebots stellt „nur“ eine Pflichtverletzung dar, die keinen vollständigen Entzug des Regelbedarfs rechtfertigt.

- 9) Welcher Art sind die Bedingungen an die abgelehnte Stelle, damit die neue Leistungsminderung greift? Muss hier Bezug genommen werden auf Vereinbarungen aus der Kooperationsvereinbarung, sofern eine solche existiert?
- 10) Wie passt die Neuregelung mit dem im Bürgergeld eingeführten Konzept „Kooperationsvereinbarung im Konsens“ zusammen? An welcher Stelle in diesem Prozess kann die Neuregelung überhaupt zum Tragen kommen? Was muss vorher stattgefunden haben, um die Regelung auszulösen? Verliere der Kooperationsplan künftig an Bedeutung? Ist es möglich, dass die 100%-Leistungsminderung ausgesprochen wird, obwohl das vorliegende Jobangebot nicht der Vereinbarung im Kooperationsplans entspricht?

**Antwort zu 9 und 10:** Der Kooperationsplan enthält das Eingliederungsziel und die wesentlichen Schritte zur Eingliederung. Im Kooperationsplan soll u. a. festgehalten werden, in welche Ausbildung, Tätigkeiten oder Tätigkeitsbereiche die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person vermittelt werden soll. Insofern bilden die Inhalte des Kooperationsplans die Grundlage für die Vermittlung in zumutbare Arbeit. Kommt ein Kooperationsplan nicht zustande oder kann er nicht fortgeschrieben werden, erfolgen Aufforderungen im Übrigen nach Maßgabe des § 15 Absatz 6 SGB II.

- 11) In welchen Fällen würde künftig ein Arbeitsangebot mit einer Rechtshilfebelehrung unterbreitet? In welchen Fällen ohne Rechtshilfebelehrung?

**Antwort:** Die Regelung hat keine Auswirkungen auf den Kooperationsplan und dessen Umsetzung. Der Kooperationsplan ist ein rechtlich unverbindlicher Plan, der einen vertrauensvollen Beratungs- und Integrationsprozess einleiten und dauerhaft unterstützen soll. Die Integrationsfachkraft prüft regelmäßig, ob die im Kooperationsplan festgehaltenen Absprachen von der/dem Leistungsberechtigten eingehalten werden. Ergibt die Überprüfung durch die Integrationsfachkraft, dass zumutbare Inhalte aus dem Kooperationsplan von der/dem Leistungsberechtigten nicht eingehalten wurden, ohne dass hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, erfolgen Aufforderungen zu Mitwirkungshandlungen grundsätzlich mit Rechtsfolgenbelehrung. Erst in diesem Stadium kann die Nichtannahme eines ganz konkreten Jobangebots, das jederzeit angenommen werden könnte, die Rechtsfolge des Entzuges des kompletten Regelbedarfs nach sich ziehen.

- 12) Findet nach wie vor eine gestufte Anwendung von Leistungsminderungen statt oder wird sofort im ersten Schritt eine 100%-Leistungsminderung ausgesprochen? Wie wird begründet, dass bereits die erste Ablehnung eines Jobangebots als „Totalverweigerung“ gewertet wird und eine Leistungsminderung von 100% zur Folge hat?

**Antwort:** Siehe Antwort zu Frage 8.

- 13) Was muss eine von einer 100%-Leistungsminderung betroffene Person konkret tun, damit diese zurückgenommen wird?

**Antwort:** Die betroffene Person kann die Minderung jederzeit durch Annahme des konkreten Jobangebotes beenden. Im Vorfeld der Minderung erfolgt eine Anhörung und Härtefallprüfung (siehe Antwort zu Frage 14). Der Leistungsentzug endet, wenn die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht mehr besteht, bzw. spätestens nach zwei Monaten.

- 14) Wie kann vor dem Hintergrund, dass aufsuchende Beratung und Coaching als Kann-Leistungen ausgestaltet sind, ausgeschlossen werden, dass Menschen mit z. B. psychischer Erkrankung, die beispielsweise ihre Briefe nicht öffnen, von der neuen Leistungsminderung erfasst werden?

**Antwort:** Die Elemente der Verhältnismäßigkeit, die für alle Leistungsminderungen gelten, finden auch im Falle des vollständigen Wegfalls der Leistungen Anwendung. Dies enthält u. a. die Möglichkeit der persönlichen Anhörung (§ 31a Absatz 2 SGB II) und die Härtefallprüfung (§ 31a Absatz 3 SGB II). Ebenso ist zu prüfen, ob die Leistungsberechtigten einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen (§ 31 Absatz 1 Satz 2 SGB II), denn Betroffene müssen die Möglichkeit haben, etwaige Besonderheiten der persönlichen Situation vorzubringen, die einer Arbeitsaufnahme bei objektiver Betrachtung entgegengestanden haben.

- 15) In einigen Fällen geht die Verweigerung einer Arbeitsaufnahme mit Schwarzarbeit einher. Wie wird dies kontrolliert und ggf. über Sanktionen hinaus zur Anzeige gebracht?

**Antwort:** Hat das Jobcenter den begründeten Verdacht, dass eine konkrete und zumutbare Arbeit wegen Schwarzarbeit nicht angenommen oder aufgenommen wird, ergreift es weitere Maßnahmen zur Überprüfung dieses Verdachts. Die Jobcenter können den hauseigenen Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch einschalten und die betroffene Person zur Überprüfung persönlich aufsuchen. Wenn Hinweise auf einen konkreten Arbeitgeber bestehen, schalten die Jobcenter die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ein, mit der sie eng zusammenarbeiten. Liegen tatsächliche konkrete Anhaltspunkte für eine Straftat vor, werden die Strafverfolgungsbehörden einbezogen.

## Zeitplan

- 16) Wie ist der weitere Zeitplan für die gesetzliche Änderung? Wann sollte die Anhörung hierzu stattfinden?

**Antwort:** Die Bundesregierung hat eine Formulierungshilfe für die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Gesetzentwurf beschlossen. Auf den Zeitplan im parlamentarischen Verfahren hat die Bundesregierung keinen Einfluss.

## Alternativvorschläge

- 17) Welche alternative Lösung könnte es zu einer 100%-Leistungsminderung geben, um das gleiche Ziel zu erreichen?

**Antwort:** Eine alternative Lösung, die zu dem gleichen Ziel führt, ist nicht ersichtlich.

- 18) Wie bewertet das BMAS folgenden Alternativvorschlag?

- Beibehaltung der maximalen Minderungshöhe von 30 Prozent und stattdessen Verlängerung der Minderungsdauer auf einen Zeitraum von sechs bis maximal zwölf Monate, wobei eine Leistungsminderung ab dem Zeitpunkt der Pflichterfüllung oder der Erklärung der Bereitschaft zur Pflichterfüllung aufzuheben ist.

**Antwort:** Unter Berücksichtigung der strengen Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit, auch bezüglich der möglichen Dauer einer Leistungsminderung wird davon ausgegangen, dass die präventive Wirkung, der von der Bundesregierung vorgelegten Regelung deutlich umfangreicher ist. Der Alternativvorschlag ist somit nicht gleichwertig zielführend.

- Ein wichtiges Instrument des neuen Bürgergeldgesetzes ist der Bürgergeldbonus, um Leistungsberechtigte zur Teilnahme an notwendigen Maßnahmen zu motivieren. Mit der Abschaffung des Bürgergeldbonus soll ein wesentlicher Motivationsfaktor des Bürgergeldes wieder entfallen. Hält es das BMAS für denkbar, den Bürgergeldbonus dadurch stärker zu fokussieren, dass er nur für besonders wichtige Vorqualifizierungen geleistet wird, etwa zur Schulung von Rechen- oder Lese- und Rechtschreibschwächen statt ihn komplett zu streichen.

**Antwort:** Im Einigungspapier der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2024 ist festgehalten: „*Durch Veränderungen beim Bürgergeld (Streichung Bürgergeld-Bonus und Sanktionen Totalverweigerer) werden Mittel in Höhe von 250 Millionen Euro erwirtschaftet.*“ Ein solcher Vorschlag widerspräche der Einigung. Aber auch nach Abschaffung des Bonus bleibt der Kerngedanke des Bürgergeld-Gesetzes, durch Weiterbildung mehr dauerhafte Arbeitsmarktintegrationen zu erreichen, unverändert erhalten. Wir legen nunmehr jedoch den Fokus auf den Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen: das Weiterbildungsgeld und die Weiterbildungsprämien werden weiterhin für die Teilnahme an berufsabschlussbezogenen Weiterbildungen gezahlt. Mit Berufsabschlüssen wollen wir langfristige Beschäftigungsverhältnisse unterstützen, um Drehtüreffekte kurzfristiger Beschäftigungen im Wechsel mit einem Leistungsbezug künftig zu vermeiden.